

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

59 (10.3.1951)

ETTTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.40, im Verlag abgeholt 2.10 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25 auf den Monatsersten angenommen werden.

3/52. Jahrgang

Samstag, den 10. März 1951

Nr. 59

Zwölf Jahre Zwangsarbeit für Falkenhausen Überraschendes Urteil des Brüsseler Militärtribunals

Brüssel (UP). Im „Falkenhausen-Prozess“ verkündete das belgische Militärtribunal in Brüssel folgende Urteile: 1. Alexander von Falkenhausen, ehemaliger deutscher Militärbefehlshaber für Belgien-Nordfrankreich: 12 Jahre Zwangsarbeit. 2. Egerth Reeder, Leiter der deutschen Zivilverwaltung während der deutschen Besetzung Belgiens: 12 Jahre Zwangsarbeit. 3. Georg Bertram, ehemaliger deutscher Militärkommandant von Lüttich: 10 Jahre Zwangsarbeit. 4. Bernhard von Claer, der Nachfolger Bertrams: freigesprochen.

Falkenhausen und Reeder wird die Erschießung von 240 belgischen Geiseln sowie die Verantwortung für die Deportation von Juden und belgischen Arbeitern zur Last gelegt. Dabei wurde von dem Tribunal als strafmildernd gewertet: 1. daß die deutschen Vergeltungsmaßnahmen relativ gering geblieben sind, 2. daß trotz gegenteiliger Befehle aus Berlin relativ wenig Erschießungen durchgeführt wurden, 3. daß die Mehrheit der Erschossenen bewaffneten Untergrundgruppen angehörte, und 4. daß sich unter den erschossenen Geiseln auch Personen befanden, die bereits vorher von ordentlichen deutschen Gerichten zum Tode verurteilt worden waren.

Von Falkenhausen und Reeder haben auch die Verfahrenskosten von insgesamt 683 422 belgischen Franken (etwa 55 000 DM) je zur Hälfte zu tragen. Georg Bertram wird die Verantwortung für die Erschießung von 30 Geiseln zur Last gelegt. Er hat von den Verfahrenskosten 18 255 belgische Franken (etwa 1500 DM) zu bezahlen.

Es ist noch nicht bekannt, ob Falkenhausen, Reeder und Bertram aus der Haft entlassen werden. Nach belgischem Recht zählt die Zeit, die ein Angeklagter vor dem Urteilspruch in Haft verbringt, am Falle ihrer Anrechnung auf die Strafe doppelt. Falkenhausen hätte also seine Strafe bereits verbüßt.

„Hat mit Recht nichts zu tun“

Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer äußerte „Überraschung“ über das Urteil gegen den früheren Generalobersten von Falkenhausen, betonte aber, daß er sich eine endgültige Stellungnahme vorbehalten müsse, bis er den genauen Bericht des deutschen Generalkonsuls in Brüssel vorliegen habe. Der sozialdemokratische Oppositionsführer, Dr. Kurt Schumacher äußerte zu dem Urteil: „Ich habe den Eindruck, daß die Menschen, die dieses Urteil gefällt haben, weder die politischen noch die menschlichen Probleme des Falles Falkenhausen verstanden haben“. Der Rechtsgelehrte und Bundestagsabgeordnete Geheimrat Professor Dr. Wilhelm Laforet (CSU) meinte: „Dieses Urteil hat mit Recht nichts zu tun, daran ändert auch die mögliche Entlassung nichts“.

Churchill läßt nicht locker

Wieder zwei Resolutionen gegen die Regierung London (UP). Der Führer der konservativen Opposition, Winston Churchill, brachte zwei Entschlüsse im Unterhaus ein, die die britische Regierung in der kommenden Woche zwingen dürften, wiederum ein Vertrauensvotum zu fordern. In der einen Resolution wird die Labourregierung in Zusammenhang mit dem Fehlschlag eines Planes kritisiert, in der britischen Afrika-Kolonie Gambia Eier zu produzieren, in der zweiten wird Einspruch gegen eine Anordnung des Grafenschaftsrates von Durham erhoben, in der verfügt wurde, daß alle öffentlichen Angestellten Mitglieder einer Gewerkschaft sein müssen.

Außenminister Bevin zurückgetreten

Am 70. Geburtstag - Nachfolger wurde Morrison

London (UP). Die Kanzlei des britischen Premierministers gab den Rücktritt von Außenminister Ernest Bevin bekannt. Zum Nachfolger wurde der bisherige stellvertretende Ministerpräsident Herbert Morrison bestimmt. Bevin wurde zum Lordsegelebewahrer ernannt, so daß er im Kabinett verbleibt. Nachfolger Morrisons als Lordpräsident des Kronrats wurde der 81 Jahre alte Viscount Addison, während Innenminister Chuter Ede die Pflichten Morrisons als „Führer des Unterhauses“ übernehmen wird.

Am Freitag vor 70 Jahren erblickte er das Licht der Welt in einem kleinen Dorf in Somerset. Sein Vater war Landarbeiter und seine Mutter trug als Kellnerin in der Dorfkneipe und als Geburtshelferin zum Unterhalt der Familie bei. „Ernie“, wie er von seinen Freunden auch heute noch genannt wird, hatte eine schwere Jugend. Seine ganze Schulbildung stammt aus der Dorfschule. Er siedelte aber bald nach Bristol über, um sich dort seinen Unterhalt zu verdienen. Meist war es Gelegenheitsarbeit. Längere Zeit betätigte er sich nur als Verkäufer von Limonaden und Mineralwasser. In dieser Notzeit begann Be-

Bundestag verlangt freie Wahlen

Die Voraussetzungen der deutschen Einheit - Note an die Westmächte

Bonn (UP). Die Sondersitzung des Bundestages am Freitag gipfelte in der gemeinsamen Forderung des Bundestags und der Bundesregierung an die Besatzungsmächte, auf der geplanten Viermächte-Konferenz die Schaffung von Voraussetzungen für Wahlen in ganz Deutschland zu beschließen.

Dieses deutsche Verlangen ist in einer Note der Bundesregierung und in einer Entschließung der großen Fraktionen des Bundestags enthalten. In einem von den Regierungsparteien, der SPD, der Bayernpartei, dem Zentrum und der Gruppe DG-BHE unterzeichneten Antrag wurde die Bundesregierung ersucht, die deutschen Wünsche den vier Besatzungsmächten zu übermitteln. Der Antrag der großen Parteien wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, der WAV und der Rechtsgruppen angenommen.

Die Entschließung der sieben Parteien, die die Note der Bundesregierung und die Ausführungen des SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher vor dem Bundestag enthalten folgende Forderungen:

1. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist nur nach freien, geheimen, direkten, gleichen und allgemeinen Wahlen in ganz Deutschland möglich. Die Schaffung der Voraussetzungen für diese Wahlen sollte eine der Hauptfragen sein, mit denen sich die geplante Viererkonferenz beschäftigen müßte.

2. Die Wahlen sollen zur Bildung eines verfassungsgebenden Parlaments führen, das auch die Regierungsbildung und Regierungskontrolle zu übernehmen hätte.

3. Die freien Wahlen müssen durch internationale Sicherheitsmaßnahmen garantiert werden. Sie setzen vor, während und nach der Wahl die volle staatsbürgerliche Freiheit in ganz Deutschland voraus.

Dazu sei die Auflösung des sowjetzonalen Staatssicherheitsdienstes, die Abschaffung des sogenannten Friedensgesetzes, die Freilassung der 28 000 politischen Gefangenen und Deportierten und die Zulassung aller politischen Parteien eine unabdingbare Voraussetzung.

Adenauer verhandelt mit Industrie

Neues Niederbreisiger Programm

Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer beabsichtigt, am kommenden Montag mit Vertretern des Bundesverbandes der deutschen Industrie über die wirtschaftspolitischen Pläne der Bundesregierung zu verhandeln.

Dem Bundeskanzler wurde am Freitag eine neue Fassung des Niederbreisiger Programmes überreicht, um die Bundesregierung zur Aufstellung eines eindeutigen Programmes zu veranlassen und gleichzeitig zu verhindern, daß das Bundeskabinett infolge der Kompromisse mit den Gewerkschaften und Bauernverbänden weiterhin an einer unklaren Wirtschaftspolitik zu Lasten der gewerblichen Wirtschaft festhält.

Bundeswirtschaftsminister Erhard wird seine Amerikareise voraussichtlich erst Ende März antreten, weil die Entscheidungen der europäischen Zahlungsunion in Paris erst gegen Mitte März zu erwarten sind.

In einem Gutachten spricht sich das Bundesjustizministerium für eine weitgehende Behebung der Kleinwohnungen von öffentlichen Abgaben, insbesondere von den Gebühren beim Bau und bei der Grundbucheintragung aus.

Die deutsche Beamtenschaft werde sich in der Gehaltsfrage nicht weiter hinhalten lassen, erklärte der Bundesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Regierungsrat Hans Schäfer, nach einer Sondersitzung des Bundesvorstandes in Köln, auf der ihm „alle Vollmachten“ erteilt wurden, die berechtigten Forderungen der deutschen Beamtenschaft durchzusetzen. Schäfer wird am Mittwoch mit Bundeskanzler Dr. Adenauer zusammen-

treffen und ihm die Forderungen der deutschen Beamtenschaft, Regierungsrat Hans Schäfer, nach einer Sondersitzung des Bundesvorstandes in Köln, auf der ihm „alle Vollmachten“ erteilt wurden, die berechtigten Forderungen der deutschen Beamtenschaft durchzusetzen. Schäfer wird am Mittwoch mit Bundeskanzler Dr. Adenauer zusammen-

treffen und ihm die Forderungen der deutschen Beamtenschaft, Regierungsrat Hans Schäfer, nach einer Sondersitzung des Bundesvorstandes in Köln, auf der ihm „alle Vollmachten“ erteilt wurden, die berechtigten Forderungen der deutschen Beamtenschaft durchzusetzen. Schäfer wird am Mittwoch mit Bundeskanzler Dr. Adenauer zusammen-

treffen und ihm die Forderungen der deutschen Beamtenschaft, Regierungsrat Hans Schäfer, nach einer Sondersitzung des Bundesvorstandes in Köln, auf der ihm „alle Vollmachten“ erteilt wurden, die berechtigten Forderungen der deutschen Beamtenschaft durchzusetzen. Schäfer wird am Mittwoch mit Bundeskanzler Dr. Adenauer zusammen-

treffen und ihm die Forderungen der deutschen Beamtenschaft, Regierungsrat Hans Schäfer, nach einer Sondersitzung des Bundesvorstandes in Köln, auf der ihm „alle Vollmachten“ erteilt wurden, die berechtigten Forderungen der deutschen Beamtenschaft durchzusetzen. Schäfer wird am Mittwoch mit Bundeskanzler Dr. Adenauer zusammen-

Amerikanische Zustimmung

Frankfurt (UP). Beamte aus dem Stabe des amerikanischen Hohen Kommissars in Frankfurt äußerten am Freitagabend zur Entschließung des Bundestags, die Resolution werde sofort nach Eingang bei der alliierten Hohen Kommission den Regierungen in London, Washington und Paris zur Stellungnahme zugeleitet werden. Sie unterstrichen gleichzeitig, daß die in der Entschließung dargelegten Bedingungen für die Wiedervereinigung Deutschlands im Prinzip mit der Auffassung der Westmächte übereinstimmen, die der Sowjetunion wiederholt ähnliche Vorschläge unterbreitet hätten. Im übrigen werden die Resolution und die Bundestagsdebatte in alliierten Kreisen Frankfurts als eine direkte Unterstützung der Ansichten der Westmächte in der gegenwärtig stattfindenden Pariser Konferenz der Außenministerstellvertreter angesehen.

Erhard verschiebt Amerika-Reise

Erhard verschiebt Amerika-Reise. Der deutsche Wirtschaftsminister Erhard wird seine Amerikareise voraussichtlich erst Ende März antreten, weil die Entscheidungen der europäischen Zahlungsunion in Paris erst gegen Mitte März zu erwarten sind.

München wird Nuntius

Der bisherige Bevollmächtigte des Papstes in der Bundesrepublik, Erzbischof Aloysius Münch, Bischof von Fargo, wurde zum Apostolischen Nuntius in der Bundesrepublik ernannt. Eine entsprechende Mitteilung ging dem Bundespräsidenten und der Bundesregierung durch Schreiben des Päpstlichen Generalsekretariats zu.

Die holländische Regierung beabsichtigt, ebenfalls offizielle diplomatische Beziehungen mit Bonn aufzunehmen und wahrscheinlich dort eine Botschaft zu errichten.

Saarpolitiker in Bonn

Bundeskanzler Dr. Adenauer empfing den Führer der saarländischen Oppositionspartei, Richard Becker, zu einer fast einstündigen Unterredung über Probleme des Saarlandes. Becker ist Vorsitzender der Demokratischen Partei des Saarlandes (DPS).

Der saarländische Oppositionsführer erklärte nach der Aussprache mit dem Bundeskanzler, daß er nach einem eingehenden Bericht über die Verhältnisse an der Saar eine europäische Lösung der ganzen Saarfrage befürwortet habe. Diese Lösung müsse im Einverständnis mit der Bevölkerung des Saargebietes und im Interesse Frankreichs und Deutschlands gefunden werden. Eine Koordinierung der französischen wirtschaftlichen und der deutschen wirtschaftlichen und politischen Interessen an der Saar sei keineswegs unmöglich. Die jetzige Lösung der Saarfrage bezeichnete Becker als nicht endgültig, da sie dem europäischen Gedanken nicht Rechnung trage und den Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates nicht entspreche. Im Saarland fehle heute jede Verwaltungs-, Finanz- und Verfassungsgerichtsbarkeit. Die freie Bildung von Parteien sei unmöglich gemacht worden. Auch existierten an der Saar weder das Recht der freien Meinungsäußerung, noch Versammlungs- und Pressefreiheit.

Vertrauen für Queuille

Paris (UP). Die französische Nationalversammlung sprach dem Radikalsozialisten Henri Queuille am Freitag das Vertrauen aus und bestätigte ihm damit als Ministerpräsidenten. Das Abstimmungsresultat lautete 359 gegen 206 Stimmen.

Um neue Milch- und Fettpreise

Seitdem wir die großagrarischen Getreide- und Hackfruchtgebiete im Osten verloren haben, ist die Milchwirtschaft noch mehr das Rückgrat unserer westdeutschen Landwirtschaft. Dies trifft im besonderen auf die klein- bis mittelbäuerlichen Gebiete Südwestdeutschlands zu. Interessant ist in diesem Zusammenhang z. B., daß die rund 30 000 bäuerlichen Milchlieferanten der Württ. Milchverwertung AG., Stuttgart zusammen ca. 90 000 Milchkühe besitzen. Das bedeutet also einen Hofdurchschnitt von nur 3 Kühen. In diesen Kleinwirtschaften, die stark auf Eigenversorgung eingestellt sind, bringt die Milch das laufende Bargeld ein. Dies ist in Baden und in der Pfalz nicht anders. Aus diesen wenigen Ziffern erhellt bereits die lebenswichtige Bedeutung der Milchviehhaltung für den Südwesten und seine soziale Struktur.

Milch in der Volkswirtschaft

Nur zu leicht wird auch die Rolle der Milchwirtschaft im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft unterschätzt. Dem Jahreswert ihrer Erzeugung nach rangiert sie mit etwa 3 Milliarden DM an der Spitze aller Produktionsgruppen, auch der gewerblichen Wirtschaft. Insgesamt wurden, bei einem Durchschnitt von nahezu 2500 kg pro Kuh, im Jahre 1950 rund 13,8 Mill. Tonnen Milch gemolken. Es wurde damit bereits wieder ein Stand von 92 Prozent der Vorkriegserzeugung erreicht. Diese Gesamtleistung kann sich durchaus neben dem Wiederaufbau der industriellen Produktion sehen lassen. Denn während die letztere von Rohstoff, Arbeit, Geld- und Sachkapital abhängt, ist der Rhythmus der Wiederaufstockung eines Milchviehbestandes naturbedingt. Eine gute Kuh bringt eben bestenfalls im Jahr ein Kalb, fällt aber des öfteren auch durch Verkälfen etc. aus. Wenngleich milchtreibende Futtermittel heute rar und teuer sind, ist angesichts der Futtermittel aus der letztjährigen guten Ernte damit zu rechnen, daß bei halbwegs günstigem Verlauf des Frühjahres die Milchproduktion 1951 weiter gesteigert werden kann. Jahr um Jahr mehr macht sich hier die qualitative Verbesserung des Viehbestandes durch Auslese der Bestände und Zucht geltend.

Milch als Rohstoff

Die Milch ist heute alles andere als nur ein — nicht einmal übermäßig geschätztes — Getränk. Sie ist Rohstoff für eine ungeahnte Zahl wertvoller Be- und Verarbeitungsprodukte geworden. Davon sind Butter und Käse — letzterer in einer verwirrenden Anzahl von Spezialitäten — dem Laien noch geläufig. Die übrigen Erzeugnisse aus der Voll- und Magermilch aufzuzählen erfordert spezialwissenschaftliche Kenntnisse. Die Reihe geht von der Trockenbutter über die Trockenmilch, Mlei, Lactinpräparate, Nährmittel zu Bargartrinken und Eiscreme. Gleich weitgespannt ist heute die Organisation von Erfassung und Verarbeitung der Milch. Vom Kuhstall über die Sammelstelle und Rahmstation zur Molkerei, von da zum Trinkmilch-, Butter- und Käsespezialhandel, zu den Verwertungsfabriken und dem Nahrungsmittelhandel ist ein weiter Weg, auf dem möglichst geringe Handels- und Verarbeitungsspannen liegenbleiben dürfen, sollen Milch und Molkereiprodukte preiswerte Volksnahrungsmittel bleiben. Daß die milchwirtschaftliche Organisation im wesentlichen diesem Ziel gerecht wird, zeigt ein Preisvergleich zwischen einem Liter Vollmilch und sonstigen Getränken. Genußmitteln etc. Milch ist ihrem inneren Wert und Gehalt nach noch immer sehr preiswert.

Milch als Fettquelle

Die Milch ist aber, über die Buttererzeugung, gleichzeitig das Kernstück unserer Fettversorgung. Vor dem letzten Krieg wurde unser Fettverbrauch zu etwa drei gleichen Teilen über die Kuh (Butter), das Schwein (Schmalz) und den Wal (Margarine) zuzüglich Speiseölen aufgebracht. Heute hat die Margarine mit etwa 400 000 Tonnen die Butter mit 200 000 Tonnen einheimischer und 45 000 Tonnen ausländischer Herkunft weit überfügelt. Die Schweinefettproduktion holt bei steigenden Schweinebeständen jetzt erst wieder auf. Bei der Frage, woher dieser starke Vormarsch der Margarine rührt, sind wir mitten in den schwierigen Preisproblemen unserer Tage. Der Margarinepreis ist heute — solange wir noch aus billigen oder verbilligten Rohstoffen fabrizieren können, — verhältnismäßig niedriger gegenüber der Butter als in früheren Zeiten. Dies würde auch dann noch der Fall bleiben, wenn die Margarine demnächst auf 2,80 DM je Kilogramm gegenüber einem heute noch gültigen Butterpreis von ca. 5,85 DM kommen sollte. Der künftige Butterpreis wird naturgemäß davon abhängen, welche Milchpreiserhöhung im Rahmen des Rhöndorfer Agrarprogramms durchgesetzt wird. Man wird dabei

von dem Preis für die auf 2,8 Fettprozent eingestellte Trinkmilch auszugehen haben. Dieser Preis soll auf 38-39 Pfg. erhöht werden. Sollte eine Vollmilch von 3,4 Fettprozent festgesetzt werden, so würde diese bei 0,6% höherem Fettgehalt mindestens auf 42 Pfg. kommen. Flaschenmilch kostet in Literflaschen dazu noch 5 Pfg. Zuschlag. Durch den neuen Milchpreis wird der Butterpreis automatisch mitgezogen, wengleich hier mögliche Beschränkung walten sollte, um den Abstand zur Margarine nicht zu hoch werden zu lassen. Im übrigen wäre es sinnvoller — wenn schon — dann die heimische Butter statt der Margarine zu subventionieren. Volkswirtschaftliches Ziel muß es im übrigen sein, den Vollmilchverbrauch so weit wie möglich zu steigern. Dies könnte durch Verbesserung des Flaschenmilchabsatzes und Zustellung ins Haus erreicht werden. Dem Eiscremeverbrauch wird gleichfalls große Bedeutung zukommen. Dr. R.

Türkische Regierung zurückgetreten „Angesichts der allgemeinen Lage“

Ankara (UP). Der türkische Premierminister Adnan Menderes trat mit seinem Kabinett zurück. Menderes erklärte, angesichts der allgemeinen Lage innerhalb des Landes brauche die Türkei eine neue Regierung. Der türkische Staatspräsident Celal Bayar forderte Menderes auf, die Regierung weiter zu führen bis ein neuer Premierminister ernannt werden kann. Menderes war zum Premierminister im Mai des vergangenen Jahres ernannt worden, als Bayar sein Amt als dritter Präsident der türkischen Republik nach dem umwälzenden Sieg seiner demokratischen Partei antrat.

Chef der pakistanischen Armee verhaftet? Wegen eines versuchten Staatsstreiches sollen der Chef der pakistanischen Armee, Generalmajor Akbar Khan und seine Frau, verhaftet worden sein.

In Madrid starb Queipo de Llano, der Oberbefehlshaber der Südarmeree Francos im spanischen Bürgerkrieg, im Alter von 76 Jahren. Seinen Rundfunksendungen wurde es zugeschrieben, daß Sevilla von den Truppen Francos genommen werden konnte.

Seoul wird umgangen

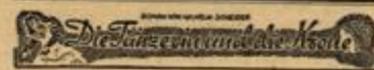
Noch 324 000 Japaner in Gefangenschaft

Tokio (UP). Die Offensive der Truppen der UN wurde am Freitag langsam aber stetig vorangetragen. Während die Geländegewinne kaum mehr als mäßig anzupreisen sind, wurde der Hauptzweck der Offensive erreicht, dem Gegner hohe blutige Verluste zuzufügen. In den ersten 48 Stunden der neuen Abnutzungsschlacht sollen die kommunistischen Truppen nach amerikanischer Darstellung Verluste in Höhe von 18 600 Mann erlitten haben.

Der Widerstand der Gegner wurde am linken Frontabschnitt merklich schwächer. Hier begannen die Truppen der 8. Armee die südkoreanische Hauptstadt Seoul zu umgehen. Am Ostflügel konnte ein kommunistischer Angriff durch die Alliierten abgewiesen werden, wobei die Chinesen aus ihren Stellungen in den Taemibergen geworfen wurden. Sie hatten dort in der Nacht zum Freitag massive Gegenangriffe eingeleitet, und es war ihnen zunächst gelungen, Einbrüche in die alliierte Front zu erzielen.

Der stellvertretende japanische Außenminister Ryuen Kusaba erklärte, es befänden sich immer noch 323 973 Japaner in sowjetischer Kriegsgefangenschaft.

In Flugblättern, die in allen Stadtteilen Saigon verteilt wurden, heißt es, der Chef der Vietnam-Armee, Vonguyen Giap, habe wegen heftiger Auseinandersetzungen mit seinen kommunistischen Kollegen Selbstmord begangen. Die chinesische Zeitung in Hanoi veröffentlichte eine Meldung ähnlichen Inhalts.



(Urheberrechtsschutz Hermann Berger, Wiesbaden) 29. Fortsetzung Nachdruck verboten. „Es kann nicht sein.“

„Bert, es ist aber so. Alberto trieb sich mehrere Tage am Hafen von Rosario herum, bis er sein Ziel erreichte. Aber nun hör bitte weiter: es genügt ihm noch nicht ganz. Er wollte auch Nells Alibi erschüttern. In Buenos Aires nahm er seine Nachforschungen wieder auf. Auch hier hatte er Erfolg. Bald wußte er, daß dein Bruder bald nach seiner Enthaftung das Motorboot wieder verkauft hatte, und etwas später gelang es ihm, auch Nell festzunageln. Bitte, unterbrich mich nicht, Bert, ich bin gleich fertig. Alberto stellte nämlich fest, daß Nell vor dem Untersuchungsrichter gleichfalls gelogen hatte. Das Alibi, das sie sich für den 3. Oktober zurechtgelegt hatte, stimmte nicht. Ihre Erzählung war ein Märchen. Gewiß, sie hatte am 3. Oktober einen Autoausflug nach Lujan gemacht, um eine Freundin zu besuchen. Sie hatte diese Freundin auch tatsächlich nicht angetroffen, aber sie fuhr nicht zurück, wie sie behauptete, sondern sie fuhr weiter. Sie fuhr zum Parana hinunter, nach St. Pedro, um dort mit Jörn zusammenzutreffen. Es muß elf oder auch zwölf Uhr gewesen sein, kurz vor Mittag jedenfalls. Jörn war ja mit dem Motorboot unterwegs, zu den Kanälen des Parana. Es ist alles eine Kette, Bert. Man kann nicht mehr zweifeln.“

Bert lehnte sich zurück und starrte gegen die Decke. Er litt unsäglich eine Welt brach in ihm zusammen. Aber dann kamen

McCloy: Bonn soll Devisen sparen

Kritik an der Handelspolitik - Blücher fährt nach Paris

Bonn (UP). Der amerikanische Hohe Kommissar, John McCloy, hat Bundeskanzler Dr. Adenauer dringend gebeten, möglichst schnell Maßnahmen zur Einschränkung des Verbrauchs und zur Einsparung von Devisen zu treffen, erklärte ein amerikanischer Sprecher in Bonn.

McCloy habe darauf hingewiesen, daß selbst in den Vereinigten Staaten heute Geld und Waren knapp seien. Die Amerikaner lehnten, in steigendem Maße die Gewährung eines Zuschusses in Geld und Material für Westdeutschland ab, wenn dieser Zuschuß zur Bereitstellung von „nicht-lebensnotwendigen Gütern“ verwendet wird.

Im einzelnen habe McCloy in seinem Schreiben unter anderem folgende vier Vorschläge unterbreitet:

1. Einführung eines Zuteilungssystems für knappe Rohstoffe, um die bevorzugte Belieferung derjenigen Teile der Industrie zu gewährleisten, deren Exporte für die westeuropäischen Verteidigungsaufgaben wichtig sind.
2. Einführung eines Prioritätensystems für lebenswichtige Einfuhren, ohne jedoch den Grundsatz der Liberalisierung aufzugeben.
3. Systematische Förderung der für den Export arbeitenden Industrien und Einschränkung der für den innerdeutschen Verbrauchsgütermarkt arbeitenden Produktion.
4. Befolgung einer genau ausgewogenen Politik der Kreditrestriktion, die nicht zu einer Einschränkung der Produktion bei den für die westeuropäische Verteidigung arbeitenden Industriezweigen führt, jedoch Spekulations- und Hortungskäufe sowie die Einfuhr unwichtiger Güter weitgehend unmöglich macht.

In diesem Zusammenhang wurde die ausländische Kritik an der Bonner Wirtschaftspolitik in folgenden Punkten zusammengefaßt: a) Die Bundesregierung habe durch die Gewährung ungehemmter Einfuhren einen Zustand der Verschuldung herbeigeführt, der von den Gläubiger-Ländern mit wachsender Besorgnis beobachtet wird.

b) Die Bundesregierung habe wenig getan,

um durch eine Steigerung der Ausfuhr ihren ständig wachsenden Außenhandelsverpflichtungen gerecht zu werden.

c) Der gegenwärtige Lebensstandard in der Bundesrepublik liege weit über dem Niveau einiger europäischer Länder, die aus dem Kriege als Siegermächte hervorgegangen sind. Durch ihre Einfuhrpolitik habe die Bundesregierung im Zuge der „Liberalisierung um jeden Preis“ das gesamte Gefüge des westeuropäischen Handels in Gefahr gebracht. Beispielsweise habe sie ihren Außenhandel über die von der OEEC festgesetzte Liberalisierungsquote von 60 Prozent hinaus in vielen Teilen freigegeben.

Vizekanzler Blücher wird im Laufe des Samstag persönlich in Paris dem Ministerrat der OEEC eine Note der Bundesregierung mit Vorschlägen für eine Beseitigung des deutschen Defizits überreichen.

Freigabe des Benzinpreises? Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Bun-

Pariser Konferenz stagniert

Gromyko wiederholt alte Argumente - Sondersitzung der OEEC

Paris (UP). Auf der Pariser Konferenz wurden am Freitag nicht die geringsten Fortschritte erzielt. Hauptinhalt der Sitzung waren die langen Ausführungen des sowjetischen Delegierten Andrej Gromyko, der die Westmächte flagranten Verletzungen ihrer internationalen Verpflichtungen beschuldigte und ihre Verhandlungsmethoden und Vorschläge scharf angriff. Gromyko erklärte nachdrücklich, die Sowjetunion könne keine Tagesordnung akzeptieren, auf der nicht die Demilitarisierung Deutschlands, der baldige Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und allgemeine Abrüstung der Großmächte aufgeführt seien. Die Westmächte sind zwar offenbar bereit, die Demilitarisierung Deutschlands im Zusammenhang mit einem deutschen Friedensvertrag zu erörtern, zeigten aber bisher keine Neigung, einer gesonderten Behandlung der Entwaffnung Deutschlands zuzustimmen. Der amerikanische Delegierte Philip C. Jessup kündigte an, er werde zu den Beschuldigungen Gromykos am Sonnabend Stellung nehmen. In dieser Sitzung wolle er nur eines feststellen: daß es in Westdeutschland keine deutsche Streitkräfte gebe, und daß die einzige Wiederbewaffnung Deutschlands in der sowjetischen Zone vor sich gehe.

Die Verschuldung der deutschen Bundesrepublik bei der Europäischen Zahlungsunion und der hierdurch notwendig gewordene Einflusstop werden laut Beschluß des Ministerrats der Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC) Gegenstand einer in Kürze stattfindenden Sondertagung des Ministerrats sein.

Protest gegen Krupp

Der Außenpolitische Ausschuß der französischen Nationalversammlung protestierte gegen die Entlassung von Alfred Krupp von Bohlen und Halbach. In einer Resolution, die mit 26 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen wurde, wird auf eine Erklärung des amerikanischen Hohen Kommissars John McCloy hingewiesen, wonach durch diesen Beschluß das internationale Ruhrstatut nicht berührt werde. Dieses Statut sehe nicht nur vor, daß die Rückgabe des früheren Besitzes der Firma Krupp verboten sei, sondern dieser Besitz sogar enteignet werde. Der Außenpolitische Ausschuß, fährt die Resolution fort, ersuche die Regierung im Hinblick auf die „Erregung“, den diese Entlassung in französischen Kreisen auslöste, auf eine strenge Durchführung der im Statut niedergelegten Bestimmungen zu achten.

Der französische Generalgouverneur von

Belgrad (UP). Jugoslawien veröffentlichte ein „Weißbuch“, das die Sowjetunion und deren Satellitenstaaten beschuldigt, „Angriffs-Operationen in Richtung auf Jugoslawien“ vorzubereiten. Es wurde Trygve Lie, dem Generalsekretär der UN, und der Regierung der USA offiziell überreicht.

Der Sowjetunion und den Satellitenstaaten werden von Jugoslawien „weitreichende ernstzunehmende militärische Maßnahmen“ an den Grenzen Jugoslawiens zum Vorwurf gemacht, wie sie in Friedenszeiten nicht üblich seien. Alle diese militärischen Vorbereitungen und die in Grenznähe durchgeführten militärischen Manöver seien eindeutig gegen Jugoslawien gerichtet.

Die osteuropäischen Staaten werden in dem Weißbuch beschuldigt, Armeen aufgebaut zu haben, deren Stärke weit über die Grenzen hinausgeht, die die Friedensverträge diesen

Algerien, Marcel-Edmond Naegelen, ist von seinem Posten zurückgetreten. Die Gründe hierfür wurden nicht bekanntgegeben.

Prag bläst in Moskaus Horn

Prag (UP). Der tschechoslowakische Außenminister Vilam Siroky forderte nach einem Bericht der amtlichen tschechoslowakischen Nachrichtenagentur den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages noch in diesem Jahr. Siroky verlangte den Abzug der Besatzungstruppen und die Beendigung der von den „westlichen Imperialisten“ betriebenen Politik der Remilitarisierung Deutschlands. Er übte scharfe Kritik an der Begründung deutscher Kriegsverbrecher durch amerikanische Behörden. Dabei bezeichnete er Krupp als einen „Erzfeind der Menschheit“.

Der tschechoslowakische Außenminister verließ der Hoffnung Ausdruck, daß es der Sowjetunion bei der gegenwärtigen Viermächtekonferenz gelinge, der „statistischen Friedenspolitik“ zum Siege zu verhelfen.

Der tschechoslowakische Finanzminister Jaroslav Kabes forderte die Nationalversammlung auf, den Haushaltsplan für das Fiskaljahr 1951 im Gesamtbetrag von 162,2 Milliarden tschechischen Kronen zu billigen. Das Budget ist um 27,5 Prozent höher als das vorjährige. Für Verteidigungsausgaben sind 9,4 Prozent der Gesamtsomme vorgesehen, für „äußere Sicherheit“ 6,3 Prozent und für „innere Sicherheit“ 3,1 Prozent.

Fast 2000 Grenzzwischenfälle

Belgrad: Moskau betreibt Angriffsoperationen

Belgrad (UP). Jugoslawien veröffentlichte ein „Weißbuch“, das die Sowjetunion und deren Satellitenstaaten beschuldigt, „Angriffs-Operationen in Richtung auf Jugoslawien“ vorzubereiten. Es wurde Trygve Lie, dem Generalsekretär der UN, und der Regierung der USA offiziell überreicht.

Der Sowjetunion und den Satellitenstaaten werden von Jugoslawien „weitreichende ernstzunehmende militärische Maßnahmen“ an den Grenzen Jugoslawiens zum Vorwurf gemacht, wie sie in Friedenszeiten nicht üblich seien. Alle diese militärischen Vorbereitungen und die in Grenznähe durchgeführten militärischen Manöver seien eindeutig gegen Jugoslawien gerichtet.

Die osteuropäischen Staaten werden in dem Weißbuch beschuldigt, Armeen aufgebaut zu haben, deren Stärke weit über die Grenzen hinausgeht, die die Friedensverträge diesen

wieder die wühlenden und zweifelnden Gedanken. Ob es sich wirklich so ereignet hatte? Wenn Conchita ihn nun belog? Wenn nun alles Lug und Trug war?

Er nahm wieder seine korrekte Haltung ein: „Wäre es nicht deine Pflicht gewesen, alle diese Dinge sofort zur Anzeige zu bringen?“

Sie schwieg. Ihr Blick verschleierte sich, wurde sehr schmal.

„Willst du mir nicht antworten, Conchita?“

Sie schwieg weiter.

„Ich verstehe“, sagte er, „du bist nicht sicher, daß es so in Ordnung ist.“

„Es ist die reine Wahrheit.“

„Dieser Alberto... warum nahm er dir das Versprechen ab, seinen Namen nicht zu nennen?“

„Es ist ihm unangenehm. Er hat alles mir zu Gefallen getan... vielleicht reizte es ihn auch: er stellt gern seinen Scharfsinn unter Beweis. Aber schließlich geht ihn die Sache nichts an. Er wünscht keine Unannehmlichkeiten.“

„Du mußt trotzdem die Anzeige erstatten, Conchita. es ist deine Pflicht und Schuldigkeit.“

„Ich kann's nicht. Ich habe mein Wort gegeben und ich halte es auch.“

„Du brauchst Alberto ja nicht zu nennen. Wenn es wirklich die Wahrheit ist, so läßt es sich auch anderweitig beweisen.“

„Ich will aber nicht.“

Sie erhob sich; auch er stand auf.

„Also nur ich allein soll darum wissen, Conchita?“

„Nur du. Es liegt mir daran, mich vor dir zu rechtfertigen.“

Sie preßte die Hände gegen die Brust. Ihr Blick brannte, sie sah zu ihm auf.

Er schwieg eine Weile.

Dann sagte er fest: „Ich glaube, du kennst mich nicht sehr gut.“

„Ich kenne dich sehr genau.“

„Dann muß es dir klar sein, wie ich mich jetzt verhalte.“

„Du wirst deinen Bruder und auch Nell zur Rede stellen. Und selbst dann, wenn sie alles von sich weisen, wenn sie leugnen, auch dann wirst du erkennen, wirst du es fühlen, daß sie schuldig sind.“

„Und was weiter, Conchita?“

„Das ist deine Sache. Ich jedenfalls — ich schweige. Ich habe die beiden schon einmal beschuldigt und es war zwecklos. Es genügt mir, daß ich vor dir den Beweis erbracht habe. Ich danke dir, daß du mich anhörst. Darf ich jetzt gehen?“

„Einen Augenblick, Conchita. Nur noch einige Fragen. Ich möchte von dir wissen, ob Jul mit dir zusammen in Hamburg ist.“

„Nein.“

„Wo befindet er sich augenblicklich?“

„Er ist auf seinem Gut in Dänemark.“

„Hast du mit ihm gesprochen, bevor du nach Hamburg kamst?“

Sie schwieg.

„Du hast also mit ihm gesprochen, Conchita?“

„Ja. Aber auch er schweigt. Ich bat ihn darum.“

„Merkwürdig. Bist du von Hamburg aus nach Dänemark gefahren?“

„Nein. Ich kam mit einem dänischen Dampfer herüber, von London aus; ich gastierte dort. Das Schiff lief Kopenhagen an. Von dort aus kam ich mit der Bahn nach Hamburg. Aber es ist ja auch gleichgültig, es tut nichts zur Sache. In Kopenhagen sah ich ihn.“

Sie reichte ihm die Hand.

„Nur noch eine Frage, Conchita.“

„Bitte.“

„Ist Jul vielleicht mit Alberto identisch?“

„Nein! Sie beteuerte es leidenschaftlich. „Ich beschwöre es dir!“

„Gut.“

Er geleitete sie zur Tür. Dort blieb sie stehen.

„Ich fahre morgen nach Berlin, Bert, ich gastiere dort. Es sind zwei Abende, genau so wie hier. Dann muß ich nach München. Doch könnte ich von Berlin aus noch einmal zurückkommen — wenn du es willst.“

„Hm... es wäre vielleicht gut. Ich hoffe, daß mir bis dahin die Sache klarer geworden ist.“

„Wir haben heute Dienstag. Am Freitag könnte ich zurück sein.“

Noch einmal lag ihr Blick in seinen Augen, dunkel, mit einem grünlitzenden Schimmer...

Dann öffnete sich die Tür.

17.

Wenige Minuten später trat Jörn bei seinem Bruder ein. Bert saß hinter seinem Schreibtisch und machte sich Notizen. Jörn ging rasch auf den Tisch zu und blieb dort stehen. Bert schrieb weiter und sah nicht zu ihm auf.

„Nun“, fragte Jörn, „was wollte sie von dir?“

„Warte einen Augenblick, ich sage es dir gleich.“

Jörn setzte sich in die Sesseldecke, nahm einen schmalen Band aus der Tasche und begann zu lesen. Anscheinend versuchte er seine Unruhe dadurch zu betäuben, daß er sich in seinen geliebten Seneca vertiefte.

Berts Bleistift eilte weiter über das Papier. Vom Hafen her kam das dumpfe Dröhnen eines Ozeandampfers.

(Fortsetzung folgt)

Ländern gesetzt haben. Die Sowjetunion beliefe diese Staaten mit Waffen und habe für die Schaffung von Panzerverbänden und Fliegerverbänden Sorge getragen — Waffengattungen, deren Existenz die Friedensverträge verbieten.

Schließlich zeigt das Weißbuch die von den Kominformländern begangenen Vertragsbrüche auf. Dazu wird festgestellt, daß Jugoslawien auf Grund der von der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Polen gebrochenen Warenabkommen ein Verlust von über 17 Milliarden Dinar (etwa 1,3 Milliarden DM) entstanden sei. Die Zahl der Grenzwirtschaften zwischen Anfang 1948 und Oktober 1950 wird von Weißbuch mit fast 2000 angegeben. Diese Wirtschaften könnten bereits als ein „ständiger kleiner Krieg“ an den Grenzen Jugoslawiens bezeichnet werden.

Röhm-Putsch-Morde vor Gericht

Kann Mord an Klausener aufgeklärt werden?

Berlin (UP). Der erste Mordprozess um den 30. Juni 1934 wird Ende April vor dem Berliner Schwurgericht zur Verhandlung kommen. Angeklagt ist der frühere SS-Sturmbannführer Gildisch, dem vorgeworfen wird, Ministerialdirektor Dr. Klausener in seinem Amtszimmer im Reichsverkehrsministerium erschossen zu haben.

Der Prozess gegen Gildisch wird das erste Verfahren sein, das eventuell die Hintergründe der Mordtaten am 30. Juni 1934 (Röhm-Putsch) aufdecken kann.

Italiener will Churchill ohrfeigen

„Ich gebe Ihnen die Wahl der Waffen“

Rom (UP). Der Italiener Graf Vanni Teodorani Fabbrì, der Ehemann einer Nichte Mussolinis, fühlte sich durch eine Bemerkung, die Churchill im britischen Unterhaus fallen ließ, in seinem Nationalstolz gekränkt und leitete „Winnie“ in einem Schreiben mit, daß er ihm eine Ohrfeige verabreichen werde, wenn er jemals nach Italien käme. Anschließend stehe er dem Expremier zur „Verfügung“. Falls Churchill sich zu alt fühle, die Forderung anzunehmen, sei er bereit, sich seinem Sohne Randolph zu stellen. „Ich fühle mich beleidigt. Ich gebe Ihnen die Wahl der Waffen.“

In der Bemerkung, für die sich Churchill anschließend entschuldigte, hatte er sich in abfälligem Sinne über die Italiener geäußert.

Der italienische Senat billigte mit 151 gegen 133 Stimmen einen Gesetzentwurf der Regierung über die Erfassung aller strategischen Materials in der Industrie.

Der italienische Parlamentsabgeordnete Giancarlo Matteotti, der 33 Jahre alte Sohn des 1924 von den Faschisten ermordeten Sozialistenführers Giacomo Matteotti, wurde aus der linkssozialistischen Partei Italiens ausgeschlossen, weil er an der Sowjetunion Kritik geübt hatte.

Acht Personen werden gesucht

Militärflugzeug bei Italien ins Meer gestürzt

Rom (UP). Sechs Überlebende eines viermotorigen amerikanischen Militärflugzeuges vom Typ „Privateer“, das einen Tag vermißt wurde, sind von einem italienischen Zerstörer 20 km vor der Küste von Anzio geborgen worden. Ein italienisches Flugboot hatte die Überlebenden, die sich mit zwei Schlauchbooten über Wasser hielten, gesichtet und den Zerstörer zur Unglücksstelle geleitet. Die Überlebenden waren so geschwächt, daß sie nicht vernommen werden konnten. So ist es noch nicht bekannt, was aus den übrigen 8 Insassen des Flugzeuges geworden ist. An der Suche nach ihnen beteiligen sich jetzt italienische, amerikanische und britische Flugzeuge sowie italienische und amerikanische Kriegsschiffe, darunter der Flugzeugträger „Roosevelt“. Von amerikanischer Seite wurde mitgeteilt, südwestlich Anzio seien vier weitere Schlauchboote mit insgesamt 4 Personen an Bord gesichtet worden.

Eine Kurier-Maschine der amerikanischen Luftstreitkräfte stürzte in der Nähe von Koblenz aus bisher unbekanntem Grund ab. Die beiden Insassen des Flugzeuges fielen dem Unfall zum Opfer.

Polnischer DP spurlos verschwunden

Ein Amerikaner ebenfalls noch vermißt

Oslo (UP). Ein polnischer DP, der ein Amt als Cheffingenieur auf dem norwegischen Dampfer „Arnulf“ in Florida antreten sollte, ist unter geheimnisvollen Umständen in Oslo verschwunden. Der Pole war in der vergangenen Woche aus einem DP-Lager aus Deutschland in Oslo eingetroffen und wohnte in einem Hotel der Vorstadt Oslos, in der Nähe des Holmenkollen-Tourist-Hotels, wo der amerikanische Journalist Moore im Dezember vorigen Jahres unter ebenso rätselhaften Umständen verschwand.

Norwegische Truppen kommen nach Kiel. Noch im März werden 200 Mann der norwegischen Besatzungseinheiten in der ehemaligen Luftwaffenkaserne am Flugplatz Kiel-Holtenauer kaserniert werden.

Auerbach entlassen. Der bayerische Staatsminister der Finanzen, Dr. Zorn, hat den Präsidenten des Landesentscheidungsamtes, Dr. Philipp Auerbach, aus dem bayerischen Staatsdienst entlassen, weil dieser den Verpflichtungen eines Behördenleiters nicht nachkommen sei.

Umschau in Karlsruhe

Badischer Automobilclub gegründet

Karlsruhe. Bei der zweiten Hauptversammlung des „Automobilclubs von Deutschland“ wurde eine Karlsruher Ortsgruppe mit dem Namen „Badischer Automobilclub e. V.“ gegründet. Rechtsanwält Gönner wurde zum 1. und Handelskammerpräsident Caspary zum 2. Vorsitzenden gewählt.

Regierung besichtigt Rheinhafen

1 Million DM soll bereitgestellt werden
Karlsruhe (wvb). Vertreter der Regierung werden die Anlagen des Karlsruher Rheinhafens besichtigen. An dieser von der Stadtverwaltung Karlsruhe angeregten Informationsfahrt werden stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Dr. Veit, Finanzminister Dr. Frank, Landesbezirkspräsident Dr. Unser, Landesarbeitsamtspräsident Dr. Heinz und Landtagsabgeordneter Möller in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Finanzausschusses des Stuttgarter Landtags teilnehmen. Bekanntlich wurde der Stadt vom früheren Landtag schon vor einigen Monaten 1 Million DM für den weiteren Wiederaufbau des Karlsruher Rheinhafens bewilligt. Der Landesregierung ist daran gelegen, diese Zusage endlich einzulösen und das Darlehen schon bald zur Verfügung zu stellen. Vorher wollen sich aber die genannten Kabinettsminister noch einmal an Ort und Stelle von der Notwendigkeit des angeforderten Kredits überzeugen.

Neubesetzung der Oberfinanzdirektion

Karlsruhe (swk). Finanzpräsident Dr. Strobel, der am 15. November interimistisch neben seinen Stuttgarter Amtsgeschäften auch die Leitung der Oberfinanzdirektion Baden in Karlsruhe übernahm, sollte am 15. Februar nach Stuttgart zurückkehren. Vermutlich auf Grund der inzwischen erfolgten Regierungs-umbildung in Württemberg-Baden wurde die Karlsruher Amstättigkeit Dr. Strobel bis zum 15. April verlängert. Bis zu diesem Zeitpunkt wird der Posten des Präsidenten der Oberfinanzdirektion Baden endgültig neubesetzt werden. Im Staatsanzeiger für Württemberg-Baden wurde die Stelle bereits vor einiger Zeit ausgeschrieben.

Karlsruhe behält Speiseeisabgabe bei

Karlsruhe (wvb). Der Karlsruher Stadtrat hat in einer geheimen Sitzung die weitere Beibehaltung der Speiseeisabgabe beschlossen. Dieser Schritt wird von der Stadtverwaltung damit begründet, daß die Finanzlage der Stadt nach wie vor schwierig sei. Außerdem habe der Karlsruher Senat des württemberg-badischen Verwaltungsgerichtshofes in seiner Entscheidung vom 30. Januar 1951 die Zulässigkeit der Erhebung einer Speiseeisabgabe in den nordbadischen Gemeinden anerkant. Die Ungültigkeitserklärung der Speiseeisabgabe durch die Stadt Heidelberg durch den Verwaltungsgerichtshof beziehe sich in keiner Weise auf die Rechtsgültigkeit der Abgabe in Karlsruhe.

Tagung der Reichsbahn-Sterbekasse

Karlsruhe (wvb). Die Deutsche Reichsbahn-Sterbekasse (DRS), mit über 200 000 Versicherten, die in diesem Jahr ihr 100jähriges Bestehen feiert, veranstaltet am 14. und 15. März in Karlsruhe ihre Hauptversammlung. In Verbindung mit dieser Versammlung wird am 16./17. März hier die Jahresversammlung

Freiburg (UP). Die drei demokratischen Parteien Südbadens, karitative Organisationen und die Bezirksstelle des deutschen Gewerkschaftsbundes sowie zahlreiche führende Persönlichkeiten, darunter Staatspräsident Wohleb, forderten vom südbadischen Innenminister ein Verbot des Veit-Harlan-Filmes „Unsterbliche Geliebte“. Der Protest erfolgte im Hinblick auf zu befürchtende Demonstrationen und die politische Vergangenheit Veit Harlans. Innenminister Dr. Schühly erklärte er habe keine gesetzliche Handhabe, den Film zu verbieten. Wenn es zu Demonstrationen käme, müsse die Polizei gegen die Demonstranten einschreiten, erst wenn dies nicht zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung ausreichen sollte, könne der Film zeitweilig verboten werden. Die „Unsterbliche Geliebte“ wurde in einem Freiburger Lichtspielhaus aufgeführt, ohne daß es bisher zu Störungen kam.

100 000 besuchten den Marshallplan-Zug

Freiburg (lds). Auf der Grenzlandfahrt des Marshallplan-Zuges, die am 21. Februar in Baden-Baden begann, wurde bereits der 100 000. Besucher gezählt. — Die glückliche „Hunderttausendste“ war die 15 Jahre alte Inge Holzer aus Freiburg, die mit einem Blumengebilde und einem Gutschein für ein Paar Schuhe bedacht wurde. Die 15 leuchtendgelben D-Zug-Wagen der rollenden ERP-Schau stehen gegenwärtig in Freiburg, nach-

dem sie vorher die Städte Baden-Baden, Nastatt, Bühl, Offenburg, Lahr und Emmendingen besucht hatten. Die hohe Besucherzahl in der kurzen Zeit beweist das Interesse der badischen Bevölkerung für die Ausstellung.

Aus der badischen Heimat

Heidelberg erhält Stadthalle zurück

Heidelberg (SWK). Nach der Beschlagnahme der Stadthalle unmittelbar nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 durch die Amerikaner fehlte es in der kongreß- und tagungsfreudigen Stadt am Neckar empfindlich an entsprechendem Versammlungsraum. Dadurch mußten besonders im vergangenen Jahre zahlreiche Großveranstaltungen, Kongresse und Tagungen von überörtlicher Bedeutung entweder abgesagt oder in dem abseits gelegenen Vorort Leimen abgehalten werden. Der Stadt wie auch allen anderen Fremdenverkehrsbetrieben entging dadurch eine nicht unerhebliche Einnahmequelle. Wie jetzt zuverlässig verlautet, soll die Stadthalle seitens der Amerikaner spätestens am 1. Juni ds. Js. wieder freigegeben werden. Unbeschadet dieser Rückgabe werden amerikanische Dienststellen je nach Bedarf bei Veranstaltungen die Stadthalle ebenfalls benutzen.

Visumfälscher wird ausgewiesen

Mannheim (wvb). Nach einem Beschluß der alliierten Hohen Kommission wird der Italiener Bellotti für die Dauer von fünf Jahren aus der Bundesrepublik ausgewiesen werden. Bellotti war im August 1950 von einem amerikanischen Gericht in Mannheim wegen Beteiligung an Fälschungen von sechs Visa zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er soll der führende Kopf einer illegalen Organisation für die Einwanderung von Italienern nach Deutschland sein. Außerdem soll er sich in Deutschland mit falschen Papieren aufgehalten haben. Bellotti ist zur Zeit im Mannheimer Landesgefängnis untergebracht.

Sterben für ein Besatzungsstatut?

Mannheim (wvb). Der Vizepräsident des Bundestages, Professor Carlo Schmid (SPD), erklärte in Mannheim, wenn ein deutscher Verteidigungsbeitrag überhaupt in Frage kommen solle, dann müßten die Deutschen auf militärischem und politischem Gebiet unbedingt gleichberechtigt sein. „Für ein Besatzungsstatut hat sich noch niemand todschießen lassen“, rief der Redner aus. Professor Carlo Schmid, der auf einer Mitgliederversammlung der Mannheimer SPD sprach, wiederholte dann seine Ansicht, daß eine Verteidigung Europas nur dann einen Sinn habe, wenn die Alliierten so viel Truppen in Deutschland stationierten, daß sie zusammen mit den Deutschen stark genug seien, die Sowjets sofort zu stoppen, zurückzuschlagen und das Schlachtfeld in die Gebiete jenseits der Weichsel zu verlegen. Garantien der Alliierten nützen uns nichts, die Streitmacht müsse da sein.

Bahnhof Baden-Oos wird instandgesetzt

Baden-Baden (swk). Die erste „Visitenkarte“ für die Besucher des Weltbodes ist der Bahnhof Baden-Oos. Das Bahnhofsgebäude macht nun seit vielen Jahren alles andere als einen freundlichen Empfangsindruck. Bahnsteiganlagen und das Bahnhofsgebäude selbst zeigen auch heute noch arge Spuren des Krieges. Bemühungen, diese Wunden zu beseitigen, scheiterten bisher an der Aufbringung der erforderlichen Mittel seitens der Bundesbahn. Jetzt beschloß der Verwaltungsrat der Bäder- und Kurverwaltung, der Bundesbahn zu helfen und ihr ein Darlehen von

Freiburg (ld). Die Post fordert alle Schwarzhörner auf, jetzt noch die günstige Gelegenheit zu benutzen und sich ohne Schwierigkeiten, ohne Sorge um Nachzahlung oder gar Bestrafung in die Zahl der normalen Hörer einzureihen. Jeder, der Rundfunk hören will, muß wissen, daß die 2 DM Gebühr von der Errichtung einer Empfangsanlage ab zu bezahlen sind. Eine Empfangsanlage gilt nicht erst als errichtet, wenn der Apparat spielt, sondern bereits dann, wenn eine Antenne, Erdleitung oder ein Gegengewicht gebaut worden ist. Mit der Ausrede, es sei zwar eine Antenne oder Erdleitung und ein Apparat vorhanden, aber beide wären nicht miteinander verbunden, gibt sich die Post nicht zufrieden. Untermieter, die nicht zum Haushalt des Wohnungsinhabers gehören, benötigen eine eigene gebührenpflichtige Genehmigung. Zum Haushalt des Wohnungsinhabers zählt nur, wer in dieser Haushaltung auch seine Beköstigung empfängt. Auch die Erprobung von Empfängern bei Neuschaffungen ist gebührenpflichtig, es sei denn, daß der angehende Rundfunkteilnehmer sich einen Firmenvertreter ins Haus bestellt, um den Apparat auszuprobieren.

150 000 DM zur Wiederherstellung und Instandsetzung des Bahnhofsgebüdes in Baden-Oos zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig sollen auf diesem so wichtigen Durchgangs- und Umsteigebahnhof umfangreiche Um- und Ergänzungsbauten durchgeführt werden.

Aus den Nachbarländern

Südpfalz-Arbeiter ins Elsaß

Kandel/Pfalz (lds). Deutsche und französische Arbeiter werden in den nächsten Tagen mit dem Wiederaufbau durch den Krieg zerstörter elsässischer Gemeinden beginnen. Das auf vier bis fünf Jahre berechnete Bauprogramm sieht die Errichtung zahlreicher Wohngehöfte, mehrerer Hotels, eines Krankenhauses und sonstiger öffentlicher Gebäude vor. Dadurch soll etwa 1000 elsässischen Familien das Leben in der alten Heimat ermöglicht werden. Es werden zunächst etwa vierzig Arbeiter aus der Südpfalz in Lauterburg die Arbeit aufnehmen. Ihre Zahl soll sich in kurzer Zeit auf etwa 100 erhöhen, sobald die Grenzausweisfrage geregelt ist. Es wurde ein Mindeststundenlohn von 1,30 DM zugesagt. Die Löhne, die in französischer Währung ausbezahlt werden, können sofort in deutsches Geld umgetauscht werden. Die Arbeiter werden täglich durch Lastkraftwagen der Bauunternehmer zur Arbeit und auch wieder nach Hause gebracht.

Der Wormser Zigeunerkrieg geht weiter

Worms (lds). Bei einer schweren Messerstecherei zwischen Zigeunerfamilien, die seit der berüchtigten Wormser Zigeunerschlacht vom November 1949 in Fehde liegen, gab es in der Nacht am Stadtrand von Worms eine Anzahl Verletzte. Das Oberhaupt einer der beteiligten Familien wurde mit Lungenstichen ins Krankenhaus eingeliefert. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

CDU fordert Rücktritt Dr. Maier

Stuttgart (UP). Der Rücktritt des Ministerpräsidenten Dr. Maier fordert das Organ der württembergischen CDU, die „Union“ in ihrer neuesten Ausgabe. Das Blatt erwähnt, daß im Zusammenhang mit der Affäre „Dr. Maier gegen Dr. Gerstenmaier“ eine Reihe westdeutscher Zeitungen das Abtreten Dr. Maiers gefordert habe. Die „Union“ erklärt, „dieser Forderung haben wir nichts hinzuzufügen“.

Verwaltungsklage in Sachen Allgäuer

Stuttgart (wvb). Rechtsanwalt Dr. Ruisinger wird beim Verwaltungsgerichtshof Stuttgart wegen Suspendierung des Geislinger Oberbürgermeisters Dr. Allgäuer Klage erheben. Dr. Ruisinger will beantragen, daß die Suspendierung Dr. Allgäuers aufgehoben wird. Wie Dr. Ruisinger mitteilt, haben seine Bemühungen, mit dem Geislinger Gemeinderat eine gütliche Lösung herbeizuführen, zu keinem Ergebnis geführt. In Geislingen stellt gegenwärtig eine aus drei Beamten bestehende Kommission des württemberg-badischen Innenministeriums Ermittlungen im Fall Dr. Allgäuer an. Die Beamten haben es abgelehnt, irgendwelche Auskünfte zu erteilen.

Bekämpfung der Suchtfahrten

Stuttgart (wvb). Auf der Schlußtagung der ersten öffentlichen Jahrestagung der „Deutschen Hauptstelle gegen Suchtfahrten“ in Stuttgart wurde gegen eine eventuelle Senkung der Tabak- und Alkoholsteuer Stellung genommen. Die Tagungsteilnehmer, Vertreter der Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Schulen, der verschiedensten Jugendverbände, und des öffentlichen Gesundheitsdienstes, forderten eine gesetzliche Regelung der Werbung für Alkohol- und Tabakwaren und stellten fest, daß die Gefahren des Mißbrauchs von Genußgiften durch den starken Einfluß des Alkohol- und Tabakkapitals auf das öffentliche Leben vergrößert worden seien. Zusammenfassend wurde auf der Tagung festgestellt, daß ein immer größer werdender Teil unseres Volkes Suchtmittel dazu benütze, um vor der Wirklichkeit des Lebens zu fliehen. Die große Zahl der Verkehrsunfälle, der Rohheits- und Sittlichkeitsdelikte, der Geschlechtskrankheiten und der zerrütteten Ehen hätte größtenteils ihre Ursache in dem Mißbrauch von Genußgiften.

Auf der Schlußkonferenz sind Professor Dr. Gläsel, Göttingen, zum Präsidenten und Prälat Cseloth, Hamm, zum geschäftsführenden Präsidiumsmitglied gewählt worden.

Alliierte ersuchen Grenzverkehr

Zürich (lds). In einer Verlautbarung kündigt die Polizeidirektion Zürich neue, durch alliierte Maßnahmen verursachte Erschwerungen im deutsch-schweizerischen Grenzverkehr an. Die nach dem Abkommen zur Förderung des Touristenverkehrs vom 20. Oktober 1950 zugelassenen Spezialausweise, die Schweizer zu einem Aufenthalt bis zu drei Tagen in der deutschen Grenzzone berechtigen, sollen auf Grund alliierter Forderungen künftig nur noch an Schweizer abgegeben werden, die sich zur Zeit der Bewerbung bereits in der schweizerischen Grenzzone aufhalten. Die bis zum 10. März 1951 ausgeteilten Spezialausweise verlieren auf alliierte Weisung ihre Gültigkeit, später bezogene können umgetauscht werden, wenn der Inhaber die oben erwähnten Voraussetzungen erfüllt.

Verbot des Harlan-Films?

Forderung der demokratischen Parteien

Freiburg (UP). Die drei demokratischen Parteien Südbadens, karitative Organisationen und die Bezirksstelle des deutschen Gewerkschaftsbundes sowie zahlreiche führende Persönlichkeiten, darunter Staatspräsident Wohleb, forderten vom südbadischen Innenminister ein Verbot des Veit-Harlan-Filmes „Unsterbliche Geliebte“. Der Protest erfolgte im Hinblick auf zu befürchtende Demonstrationen und die politische Vergangenheit Veit Harlans. Innenminister Dr. Schühly erklärte er habe keine gesetzliche Handhabe, den Film zu verbieten. Wenn es zu Demonstrationen käme, müsse die Polizei gegen die Demonstranten einschreiten, erst wenn dies nicht zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung ausreichen sollte, könne der Film zeitweilig verboten werden. Die „Unsterbliche Geliebte“ wurde in einem Freiburger Lichtspielhaus aufgeführt, ohne daß es bisher zu Störungen kam.

dem sie vorher die Städte Baden-Baden, Nastatt, Bühl, Offenburg, Lahr und Emmendingen besucht hatten. Die hohe Besucherzahl in der kurzen Zeit beweist das Interesse der badischen Bevölkerung für die Ausstellung.

Post mahnt hartgesottene Schwarzhörner

Freiburg (ld). Die Post fordert alle Schwarzhörner auf, jetzt noch die günstige Gelegenheit zu benutzen und sich ohne Schwierigkeiten, ohne Sorge um Nachzahlung oder gar Bestrafung in die Zahl der normalen Hörer einzureihen. Jeder, der Rundfunk hören will, muß wissen, daß die 2 DM Gebühr von der Errichtung einer Empfangsanlage ab zu bezahlen sind. Eine Empfangsanlage gilt nicht erst als errichtet, wenn der Apparat spielt, sondern bereits dann, wenn eine Antenne, Erdleitung oder ein Gegengewicht gebaut worden ist. Mit der Ausrede, es sei zwar eine Antenne oder Erdleitung und ein Apparat vorhanden, aber beide wären nicht miteinander verbunden, gibt sich die Post nicht zufrieden. Untermieter, die nicht zum Haushalt des Wohnungsinhabers gehören, benötigen eine eigene gebührenpflichtige Genehmigung. Zum Haushalt des Wohnungsinhabers zählt nur, wer in dieser Haushaltung auch seine Beköstigung empfängt. Auch die Erprobung von Empfängern bei Neuschaffungen ist gebührenpflichtig, es sei denn, daß der angehende Rundfunkteilnehmer sich einen Firmenvertreter ins Haus bestellt, um den Apparat auszuprobieren.

Billig auf die Dauer ist nur Qualität!

HILLER KLEIDUNG IST QUALITÄTSKLEIDUNG

- flotte Übergangsmäntel von 115.- bis 245.-
- sportl. Trenchcoats gefüllt von 68.- bis 135.-
- imprä. Popellinmäntel von 49.50 bis 112.-
- elegante Straßenanzüge von 98.- bis 210.-



KARLSRUHE - KAISERSTRASSE 170 - BEI DER HAUPTPOST

Blitzlichter AUS ALLER WELT



Vorkonferenz der vier Großmächte in Paris
Im Palais Marbre Rose in Paris finden zur Zeit die Vorbesprechungen der vier Großmächte zur Vorbereitung einer Außenministerkonferenz statt. Die Stellvertreter der vier Außenminister sollen in dem Saal, den unser Bild zeigt, eine Tagesordnung ausarbeiten.



In Korea wird um jeden Hügel gerungen
Amerikanische Infanteristen verteidigen jeden Hügel in Korea. Neben den Kommunisten ist der Schlamm ein weiterer zäher Gegner. Trotz aller Schwierigkeiten gelang es den UN-Truppen im Mittelabschnitt weite Gebiete zurück zu erobern.



Neumühler Raubmörder wieder gefaßt
Die beiden Raubmörder E. Flückinger (links) und R. Dehant nach ihrer erneuten Festnahme.



Die Berber rücken an
30 000 Berberkrieger zwingen den Sultan von Marokko, französischen Forderungen nachzugeben. Die Demonstration erfolgte auf Veranlassung des Generals Jub.



Die „Töchter des Nil“ demonstrierten
Zum ersten Mal in der Geschichte des Nillandes demonstrierten 1500 Ägypterinnen vor dem Parlament in Kairo für die Gleichberechtigung der Frau und die Abschaffung der Vielweiberei.



NSU greift BMW-Rekord an
Wilhelm Herz will auf einer 500-ccm-NSU-Kompressormaschine Hennes Weltrekord brechen.



„Europäische Sicherheit“
Martin H. Sommerfeldt ist Chefredakteur der ersten Militärzeitschrift nach dem Kriege.



Krefeld baut ein neuartiges Flußwasserwerk
In der kürzlich wieder dem Verkehr übergebenen Krefelder Rheinbrücke wird demnächst mit dem Bau eines neuartigen Flußwasserwerkes begonnen. Unser Bild zeigt das Modell.



Oberbürgermeister Reuter dankte den USA
für die innerhalb von fünf Jahren nach Deutschland gesandten 6,5 Millionen CARE-Pakete.



Käthe Kruse-Puppen in Lebensgröße
sind auf der Kölner Frühjahrsmesse zu sehen. Unser Bild: Frau Kruse mit einem ihrer „Kinder“.



Silbernes Lorbeerblatt für Weltmeisterpaar Baran/Falk
Bundespräsident Heuss beglückwünscht Rita Baran, die zusammen mit ihrem Weltmeisterschaftspartner im Eiskunstlauf, Paul Falk (links), die höchste sportliche Auszeichnung erhielt.



Stafettenwechsel bei den Reitern
Eine Reiterstaffette war durch ganz Deutschland drei Tage unterwegs nach Flensburg. Bilder: opa